



Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Amt für Integration und Soziales
Bereich Opferhilfe

Opferhilfe: Gesuch um finanzielle Leistungen

Sie möchten bei der kantonalen Opferhilfebehörde ein Gesuch um finanzielle Leistungen einreichen. Damit wir Ihr Gesuch möglichst schnell bearbeiten können, sind wir auf Ihre Mitwirkung angewiesen. Wir bitten Sie deshalb, das Gesuch möglichst genau und vollständig auszufüllen. Ihre Angaben werden vertraulich behandelt.

Sie können Gesuche stellen für

- **Kostenbeiträge für die längerfristige Hilfe Dritter**
- **Entschädigung**
- **Genugtuung**

Wichtige Hinweise:

Die allgemeinen Angaben sind bei jedem Gesuch auszufüllen. Die spezifischen Angaben betreffend Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe Dritter, für Entschädigung und für Genugtuung nur, wenn ein solches Gesuch gestellt wird. Wenn Sie das Formular elektronisch ausfüllen, drucken Sie es aus. Wenn Sie das Formular nicht in einem Arbeitsgang ausfüllen, können Sie es auf Ihrem Desktop speichern und es später fertig bearbeiten.

Das Formular senden Sie datiert und unterschrieben, mit allen erforderlichen Beilagen, an folgende Adresse:

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Amt für Integration und Soziales
Bereich Opferhilfe
Rathausplatz 1
Postfach
3000 Bern 8

Die Opferhilfe-Beratungsstellen beraten und unterstützen Sie kostenlos beim Ausfüllen des Gesuchs. Weitere Informationen zur Opferhilfe im Kanton Bern (inkl. Liste der Opferberatungsstellen) finden Sie unter www.be.ch/opferhilfe.

1. Angaben zur gesuchstellenden Person¹

Die Person, für welche Leistungen beantragt werden (gesuchstellende Person), ist:

- selbst Opfer
 eine dem Opfer nahestehende Person²:

1.1 Personalien der gesuchstellenden Person:

Name	
Vorname	
Strasse/Nr.	
PLZ/Ort	
Zustelladresse für Korrespondenz	<input type="checkbox"/> Wie Wohnadresse <input type="checkbox"/> Andere
Telefon	
E-Mail	
Geburtsdatum	
Nationalität	
Beruf/Tätigkeit	

1.2 Vertretung

Die gesuchstellende Person ist

- nicht vertreten
 vertreten durch (z. B. Eltern³, Anwältin/Anwalt):

➔ **Vollmacht⁴ oder Ernennungsurkunde⁵ beilegen**

Name	
Vorname	
Strasse/Nr.	
PLZ/Ort	
Telefon	
E-Mail	

¹ Bei einer Mehrzahl von Gesuchstellenden bitte mehrere Gesuche verwenden.

² Ehegatte/Ehegattin, Konkubinatspartner/Konkubinatspartnerin, Kinder und Eltern des Opfers sowie andere Personen, die ihm in ähnlicher Weise nahestehen und eigene Ansprüche geltend machen.

³ Urteilsfähige Kinder können auch ohne gesetzliche Vertretung ein Gesuch einreichen.

⁴ Z. B. Anwaltsvollmacht.

⁵ Bei Beistandschaft/Vormundschaft.

1.3 Haben Sie Kontakt mit einer Opferhilfe-Beratungsstelle aufgenommen?

- Nein
 Ja, mit welcher?

Kontaktperson:	
----------------	--

2. Straftat/Täterschaft

2.1 Tatort (Ortschaft und Kanton)

2.2 Datum

2.3 Tathergang (Beschreibung des Tathergangs)

2.4 Täterschaft (sofern bekannt)

Name	
Vorname	
Strasse/Nr.	
PLZ/Ort	
Geburtsdatum	

2.5 Wurde eine Strafanzeige eingereicht und/oder ein Strafverfahren eingeleitet?

Nein

Ja, hängig bei (Polizei/Staatsanwaltschaft/Gericht, Ort):

→ **Unterlagen zum Strafverfahren beilegen**

Strafverfahren ist abgeschlossen

→ **Entscheid beilegen**

Haben Sie im Strafverfahren finanzielle Ansprüche gegen die Täterschaft geltend gemacht?

Ja

Nein, weshalb nicht:

2.6 Folgen der Straftat für die gesuchstellende Person

Aktuelle Situation bzw. Folgen der Straftat, materiell, medizinisch, psychologisch, Schutzbedürfnis, etc.

3. Gesuche

3.1 Gesuch um Kostenbeiträge für die längerfristige Hilfe Dritter

Anwaltskosten⁶, für

Strafverfahren

Sozialversicherungsrechtliche Abklärungen

Haftpflichtrechtliche Abklärungen

Opferhilfeverfahren (bei Gesuchen um Entschädigung und/oder Genugtuung)⁷

Pauschale

Gemäss Honorarnote

Kosten für **Psychotherapie**

Bei:

→ **ärztliche Anordnung für psychologische Psychotherapie beilegen**

Kosten für andere **Therapieform**

Welche:

Bei:

→ **Therapiebericht⁸ (Formular 3a oder 3b) beilegen**

Medizinische Kosten (z. B. Arztkosten)

CHF

Welche:

Bei:

Notunterkunft (z. B. Frauenhaus, Hotel, Männerhaus)

CHF

Wo:

Dauer (von/bis):

Anzahl Erwachsene:

Anzahl Kinder:

Lebensunterhalt

CHF

Dauer (von/bis):

Begründung:

Andere (z. B. Reise- und Fahrkosten, Übersetzungskosten, Umzugs- oder Sicherungskosten)

CHF

Welche:

→ **Beleg, Rechnung, Leistungsabrechnung für jede einzelne beantragte Leistung beilegen**

Ergänzende Bemerkungen:

⁶ Eine Kostengutsprache wird in der Regel in Tranchen von höchstens 15 Stunden erteilt (Art. 4 Abs. 1 Kantonale Opferhilfeverordnung vom 28. April 2010; KOHV, BSG 326.111). Es wird empfohlen – falls erfolgsversprechend – vorgängig ein Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege einzureichen.

⁷ Gemäss Art. 4 Abs. 4 KOHV beträgt die Pauschale für die Parteikosten CHF 500.00 bis CHF 800.00. Übersteigt der Aufwand diese Pauschale, ist dies gesondert zu begründen und die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Gesuchstellenden sind zu belegen.

⁸ Die Formulare finden Sie unter Opferhilfe (be.ch).

3.2 Gesuch um Entschädigung

3.2.1 Vorsorgliches Gesuch

Das Gesuch um Entschädigung wird vorsorglich zur Wahrung der Verwirkungsfrist gestellt und später beziffert.

Nennung der Schadensposten zwingend:

3.2.2 Entschädigung

Liegt bezüglich der Entschädigung ein Urteil vor?

Ja

Urteil vom
über den Betrag von CHF

Ja, aber

Entschädigungsanspruch wurde abgewiesen.
 Entschädigungsanspruch wurde auf den Zivilweg verwiesen.

Nein

Strafverfahren noch hängig.
 Kein Entschädigungsanspruch gestellt.
Weshalb nicht:

Höhe der beantragten Entschädigung: CHF

Für folgende Schadenposten:

Erwerbsausfall CHF

Bestattungskosten CHF

Haushaltskosten CHF

Anderer Schaden⁹ CHF

Gesamtsumme CHF

→ Urteil und Belege für jede einzelne Schadensposition beilegen

Begründung:

⁹ Gesuche um Übernahme von Anwaltskosten im Strafverfahren werden als Gesuche um längerfristige Hilfe Dritter behandelt (Ziff. 3.1).

3.2.3 Vorschuss auf Entschädigung

Diese Ziffer ist nur auszufüllen, wenn ein Vorschuss auf Entschädigung (auf Genugtuung nicht möglich) beantragt wird. Ein Vorschuss wird aufgrund einer summarischen Prüfung des Entschädigungsgesuches gewährt, wenn die gesuchstellende Person sofortige finanzielle Hilfe benötigt und die Folgen der Straftat kurzfristig nicht mit hinreichender Sicherheit festzustellen sind.¹⁰

Höhe des beantragten Vorschusses: CHF

Begründung erforderlich:

3.3 Gesuch um Genugtuung

3.3.1 Vorsorgliches Gesuch

Das Gesuch um Genugtuung wird vorsorglich zur Wahrung der Verwirkungsfrist gestellt und später beziffert.

3.3.2 Genugtuung

Liegt bezüglich Genugtuung ein Urteil vor?

Ja

Urteil vom
über den Betrag von CHF

Ja, aber

Genugtuungsanspruch wurde abgewiesen.
 Genugtuungsanspruch wurde auf den Zivilweg verwiesen.

Nein

Strafverfahren noch hängig.
 Kein Entschädigungsanspruch gestellt.
Weshalb nicht:

Höhe der beantragten Genugtuung: CHF

Begründung:¹¹

→ (Urteil und Arztbericht/ Therapiebericht¹² beilegen)

¹⁰ Art. 21 des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG; SR 312.5).

¹¹ Beschreibung der körperlichen, sexuellen und/oder psychischen Beeinträchtigungen durch die Straftat (Auswirkungen auf Lebensqualität und Folgen aufgrund der Straftat).

¹² Der Arztbericht/Therapiebericht soll sich über die Art und Schwere der erlittenen Verletzung bzw. Beeinträchtigung, die erforderlichen Behandlungen sowie über die Nachwirkungen der Verletzung bzw. Beeinträchtigung äussern. Es sind insbesondere auch Angaben zu machen über die Dauer eines allfälligen Spitalaufenthaltes, den Heilungsverlauf sowie Dauer und Grad (in %) einer allfälligen Arbeitsunfähigkeit.

4. Leistungen der Täterschaft oder Dritter (Subsidiarität)

4.1 Leistungen der Täterschaft

Haben Sie Ihre Forderungen der Täterschaft zur Kenntnis gebracht?

→ Belege beilegen

Ja, wie:

Nein, weshalb nicht:

Hat die Täterschaft bereits Leistungen erbracht?

Ja, wofür und in welcher Höhe:

Nein, weshalb bezahlt die Täterschaft nicht:

4.2 Leistungen Dritter für Anwaltskosten

4.2.1 Unentgeltliche Rechtspflege (uR)

Haben Sie uR beantragt?

→ Belege beilegen

Ja, uR wurde gewährt.

Ja, uR wurde verweigert.

Ja, Gesuch ist noch hängig.

Nein, weshalb nicht:

4.2.2 Leistungen einer Rechtsschutzversicherung

Haben Sie eine Rechtsschutzversicherung?

Ja, welche:

→ Belege beilegen

Nein

Haben Sie für den vorliegenden Fall bereits Leistungen der Rechtsschutzversicherung bezogen?

Ja, in welcher Höhe:

CHF

→ Belege beilegen

Nein, weshalb nicht:

Das Verfahren bei der Rechtsschutzversicherung ist noch nicht abgeschlossen.

Leistung wurde verweigert. → Belege beilegen

Ich habe keine Leistungen beantragt. Weshalb nicht?

4.3 Krankenkasse

Bei welcher Krankenkasse sind Sie grundversichert:

Haben Sie eine Zusatzversicherung?

→ **Policen beilegen**

Ja, bei welcher Versicherung:

Nein

Haben Sie für den vorliegenden Fall bereits Leistungen von der Krankenkasse / Zusatzversicherung bezogen?

Ja, in welcher Höhe:

CHF

→ **Belege beilegen**

Nein, weshalb nicht:

Das Verfahren bei der Krankenkasse / Zusatzversicherung ist noch nicht abgeschlossen.

Leistung wurde verweigert. → **Belege beilegen**

Ich habe keine Leistungen beantragt.
Weshalb nicht?

4.4 Opferhilfe-Beratungsstelle (Soforthilfe)

Hat für den vorliegenden Fall bereits eine Opferhilfe-Beratungsstelle Leistungen erbracht?

Nein

Ja, Lebensunterhaltskosten

Ja, Psychotherapie

Ja, weitere Kosten (z. B. Rechtsvertretung)

Welche Beratungsstelle:
In welcher Höhe:

CHF

→ **Belege beilegen**

4.5 Unfallversicherung

Bei welcher Unfallversicherung sind Sie versichert:

Policen Nummer:

Haben Sie für den vorliegenden Fall bereits Leistungen von der Unfallversicherung bezogen?

Ja, in welcher Höhe:

CHF

→ **Belege beilegen**

Nein, weshalb nicht:

Das Verfahren bei der Unfallversicherung ist noch nicht abgeschlossen.

Leistung wurde verweigert. → **Belege beilegen**

Ich habe keine Leistungen beantragt.
Weshalb nicht?

4.6 Andere Versicherungen

Haben Sie für den vorliegenden Fall bereits Leistungen einer anderen Versicherung bezogen?
Z. B. Haftpflicht-, Invaliden-, Arbeitslosen- und/oder Lebensversicherung, Ergänzungsleistungen.

Nein

Ja, von welcher Versicherung:
Wofür:
In welcher Höhe:

CHF

→ Belege beilegen

Sind beantragte Leistungen einer anderen Versicherung verweigert worden?

Ja, von welcher Versicherung:

→ Belege beilegen

5. Persönliche Verhältnisse der gesuchstellenden Person

Die Höhe von Opferhilfeleistungen ist (mit Ausnahme von Genugtuungsleistungen) abhängig von den finanziellen Verhältnissen der gesuchstellenden Person und in der Regel der mit ihr im gleichen Haushalt lebenden Personen. Deshalb sind diese Angaben erforderlich.

5.1 Zivilstand/Lebensgemeinschaft

ledig

verheiratet

eingetragene Partnerschaft

Konkubinat seit:

verwitwet

getrennt/geschieden

5.2 Befinden Sie sich heute noch in Erstausbildung?

Ja

Nein

5.3 Wohnen Sie mit jemandem im gleichen Haushalt?

- Ja
- Nein

Personen, mit denen Sie im gemeinsamen Haushalt leben:

	Name	Vorname	Geburtsdatum (dd/mm/jjjj)	Erstausbildung
Ehepartner/in				<input type="checkbox"/>
Eingetragene/r Partner/in				<input type="checkbox"/>
Konkubinats-partner/-in				<input type="checkbox"/>
Eltern				<input type="checkbox"/>
Kind 1				<input type="checkbox"/>
Kind 2				<input type="checkbox"/>
Kind 3				<input type="checkbox"/>
Kind 4				<input type="checkbox"/>
Geschwister				<input type="checkbox"/>
Geschwister				<input type="checkbox"/>
Andere Person(en)				<input type="checkbox"/>

6. Bank-/Postverbindung

Leistungen der Opferhilfe an die gesuchstellende Person sind auf folgendes Konto zu überweisen:

IBAN:	
Konto lautend auf:	

Anwaltskosten sind auf folgendes Konto zu überweisen:

IBAN:	
Konto lautend auf:	→ Einzahlungsschein beilegen

7. Ermächtigung Auskünfte, Entbindung von der Schweigepflicht und Unterschrift

7.1 Ermächtigung Auskünfte

Die gesuchstellende Person, _____ geboren am _____

bzw. ihre Vertretung ermächtigt involvierte Sozial- und Privatversicherungen (namentlich die Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung), die für die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen zuständige Ausgleichskasse, die Steuerbehörden, die Sozialdienste und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden dem Amt für Integration und Soziales bezüglich des Vorfalles vom _____ (Datum der Straftat) die für die Abklärung des Anspruchs und die Prüfung der Leistungsberechtigung im Opferhilfeverfahren erforderlichen Auskünfte zu erteilen sowie die entsprechenden Unterlagen an dieses herauszugeben. Hierfür werden die involvierten Stellen von ihrer beruflichen und vertraglichen Schweigepflicht entbunden.

(Ort und Datum)

(Unterschrift der gesuchstellenden Person
bzw. ihrer Vertretung)

7.2 Entbindung von der Schweigepflicht

Die gesuchstellende Person, _____ geboren am _____

bzw. ihre Vertretung entbindet die behandelnden Ärzte/Ärztinnen oder Therapeuten/Therapeutinnen von der Schweigepflicht und ermächtigt sie, dem Amt für Integration und Soziales bezüglich des Vorfalles vom _____ (Datum der Straftat) Bericht zu erstatten und erforderliche Unterlagen auszuhändigen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift der gesuchstellenden Person
bzw. ihrer Vertretung)

7.3 Unterschrift Gesuchseinreichung

Die unterzeichnende Person nimmt zur Kenntnis, dass das Amt für Integration und Soziales, soweit dies für die Abklärung notwendig ist, Akteneinsicht bei Strafverfolgungsbehörden und Gerichten nimmt.¹³ Die unterzeichnende Person bestätigt, das vorliegende Formular wahrheitsgetreu ausgefüllt zu haben und nimmt zur Kenntnis, dass sie auf Anfrage weitere zur Beurteilung des Gesuches erforderliche Informationen und Unterlagen dem Amt für Integration und Soziales zur Verfügung zu stellen hat. Kommt sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nach, erbringt die Opferhilfe unter Umständen keine Leistungen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift der gesuchstellenden Person
bzw. ihrer Vertretung)

¹³ Vgl. Art. 10 Einführungsgesetz vom 2. September 2009 zum Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (EG OHG, BSG 326.1).

8. Kopien

Die unterzeichnende Person wünscht,

dass **Kopien** der Kostengutsprache für Psychotherapie an die zuständige therapeutische Person geschickt werden.

dass **Kopien** von Kostengutsprachen und Verfügungen an die zuständige Opferhilfe-Beratungsstelle (Ziffer 1.3) geschickt werden.

9. Einzureichende Unterlagen / finanzielle Verhältnisse

Immer einzureichen (für alle Leistungsarten):	Zusätzlich einzureichen bei Gesuchen um längerfristige Hilfe Dritter und bei Entschädigung:
<input type="checkbox"/> Vollmacht (Anwalt, andere bevollmächtigte Person) oder Ernennungsurkunde Beistandschaft/Vormundschaft	<input type="checkbox"/> Entweder Unterstützungsbestätigung des Sozialdienstes
<input type="checkbox"/> Strafanzeige/Strafurteil	oder <input type="checkbox"/> Letzte definitive <u>Steuerveranlagungsverfügung</u> der gesuchstellenden Person (nicht die Steuererklärung) und
<input type="checkbox"/> Arzt-, Spital- und Therapieberichte	<input type="checkbox"/> Letzte definitive Steuerveranlagungsverfügungen weiterer Personen (Ehegatte/-gattin, Konkubinatspartner/-partnerin, Eltern ¹⁴)
<input type="checkbox"/> Arztzeugnisse betreffend Arbeitsunfähigkeit	oder <input type="checkbox"/> Belege zu den aktuellen Einkommens- und Vermögensverhältnissen ¹⁵
<input type="checkbox"/> Einzahlungsschein	<input type="checkbox"/> Belege zu den einzelnen Schadenspositionen
<input type="checkbox"/> Belege über Leistungen einer Opferhilfe-Beratungsstelle (Soforthilfe)	<input type="checkbox"/> Belege über beantragte Versicherungsleistungen

¹⁴ Steuerveranlagungsverfügung, der mit der gesuchstellenden Person im gleichen Haushalt wohnenden Elternteile, sofern die gesuchstellende Person minderjährig ist oder sich in Erstausbildung befindet.

¹⁵ Sofern diese von der aktuellen Steuerveranlagungsverfügung abweichen.